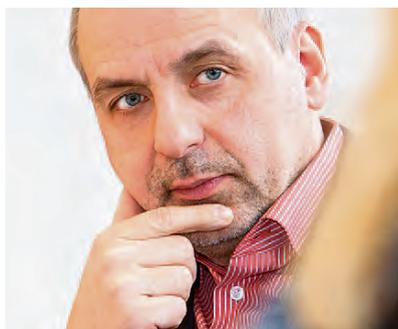


PARLAMENTSREPORT



Liebe Leserinnen
und Leser,

wer weiß eigentlich noch, dass sich nahe der Stadt Frankenberg einst das KZ Sachsenburg befand? Im Juli habe ich mit meinem Kollegen Franz Sodann das Gelände besichtigt. Äußerlich erinnert nichts an ein Konzentrationslager. Das Areal verfällt, es ist auch kleiner als bekannte Gedenkstätten. Die Gefahr ist groß, dass vergessen wird, was dort geschah. In der ehemaligen Textilfabrik internierten SA und SS zwischen 1933 und 1937 mehr als 2.000 Regimegegner. Wie viele genau durch Zwangsarbeit, Folter und auf anderem Wege umgebracht wurden, ist unbekannt. In Sachsenburg wurden auch SS-Wachmannschaften für andere Lager ausgebildet.

Wir haben die Lehrerin Anna Schüller und die Lagerarbeitsgemeinschaft KZ Sachsenburg getroffen. Sie gleichen aus, was der Staat bisher versäumt, forschen, klären auf, entwickelten ein Konzept für eine Gedenkstätte. Damit stehen sie allerdings weitgehend allein. Die Stadt Frankenberg verfolgt Abrisspläne, etwa für die ehemalige Kommandantenvilla. Immerhin soll der Stadtrat nun das Gedenkstättenkonzept prüfen. Klar ist aber: Finanzieren kann die Stadt es nicht. Das ist aber auch nicht nötig.

Wir wollen, dass in Sachsenburg eine Gedenkstätte entsteht. Das haben wir auch mit einem Antrag im Landtag gefordert. Die Staatsregierung muss auf die Gedenkstättenstiftung einwirken, damit die den Gedenkort erschließt, fördert und betreut, die Stadt und die Lagerarbeitsgemeinschaft unterstützt. Das ehemalige KZ Sachsenburg ist schon jetzt nach dem Gedenkstättengesetz eine institutionell zu fördernde Einrichtung – dieser Auftrag muss sofort erfüllt werden!

Rico Gebhardt

Rico Gebhardt
Fraktionsvorsitzender

DIE LINKE.
Fraktion im Sächsischen Landtag

Ein beispielloses Sündenregister

„26 Jahre CDU in Sachsen - fehlende Klassenräume, Lehrermangel, Planungsrückstand beim Schulhausbau, Klassenzusammenlegungen, Unterrichtsausfall, im Schnitt 52 Prozent Seiteneinsteiger bei Neueinstellungen besonders im Grundschulbereich, im ländlichen Raum bis über 70 Prozent, 8,2 Prozent Schulabgänger ohne Abschluss, bundesweit die geringsten Pro-Kopf-Ausgaben bei den allgemeinbildenden Schulen, Lehrerinnen und Lehrer, die nach dem Studium das Land verlassen – alles Dinge, über die wir im Haus bereits diskutiert haben und immer weiter diskutieren werden; denn eine Lösung dieser Probleme ist bei weitem nicht in Sicht.“ **LINKEN-Kulturpolitiker Franz Sodann** hielt der Staatsregierung zum Beginn der aktuellen Bildungsdebatte im Landtag ihr Sündenregister vor. Dass das Schuljahr dennoch mit Ach und Krach beginnen konnte, sei „das Verdienst der Lehrerinnen und Lehrer, die bis zum Anschlag versuchen, den Unterricht aufrecht zu erhalten. An dieser Stelle ein großes Dankeschön!“

Die Regierungskoalition verwies erwartungsgemäß auf den „Bildungsmonitor“ der „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft“, der Sachsen bescheinigt, bundesweit das beste Bildungssystem zu haben. Die Methodik der Untersuchung ist umstritten. Die SPD-Bildungspolitikerin Sabine Friedel kommentierte sie wie folgt: „Diese ‚Studie‘ möchte ich nicht kommentieren.“ Die Regierung lobt sich dennoch. Allerdings betrachtet die Erhebung das Thema Bildung in einem verengten Blickwinkel: „Der Bildungsmonitor bewertet, wie erfolgreich jedes Bundesland sein Bildungssystem so ausgestaltet, dass daraus optimale Wachstums- und Beschäftigungsimpulse entstehen. Aus Bildungsprozessen entsteht Humankapital.“ Für Sodann wirft das die eigentliche Frage auf, die bei allen Debatten um Lehrstellen vernachlässigt wird: Was macht Bildung eigentlich aus?

Sodann: „Es geht eben nicht um das Individuum Mensch, es geht um die Durchtrimmung eines Bildungssystems mit dem Blickwinkel der Effektivität. Das hat mit Humboldt, Pestalozzi, Salzmann, Schiller und der Aufklärung so viel zu tun wie Cindy von Marzahn mit einer Eins in Allgemeinbildung. Mir wird auch für meine Kinder bange, dass ich sie einem Schulsystem aussetzen muss, das gnadenlos mehr und mehr auf Elite getrimmt wird, Wissen eintrichtert, das Humankapital schnellstmöglich in der Wertschöpfungskette ausspuckt, und zwar mit dem antrainierten Traum: Auto, Haus, Familie, Kinder, deren Ausbildung,

Konsum, Tod, und dabei wirklich vergisst, was uns auch ausmachen sollte, was wir ebenso lernen und fördern müssen, nämlich Empathiefähigkeit, Gerechtigkeitssinn, Freundlichkeit, Ehrlichkeit, Verantwortungsbewusstsein, Solidarität, Sinn für Schönheit.“

nisterin Brunhild Kurth keineswegs allein für die Misere verantwortlich ist. „2009 kündigte Ministerpräsident Tillich an, dass im öffentlichen Dienst die Beschäftigtenzahl von 88.000 auf 70.000 gesenkt werden solle. Allen war klar, dass dies nur auf Kosten der Leh-



Der Staat muss schnell dafür sorgen, dass wir die Freiheit gewinnen, über das Lernen und Lehren nachzudenken – und nicht nur über die Rahmenbedingungen. Für **Cornelia Falken, bildungspolitische Sprecherin**, gehören dazu mindestens eine langfristige Personalplanung und eine gerechte Vergütung der Lehrkräfte aller Schularten, etwa über eine Ausgleichszahlung zum Beamtenverhältnis.

LINKEN-Fraktionschef Rico Gebhardt verwies darauf, dass die Kultusmi-

nerschaft und der Polizei gehen könnte.“ Davon ausgehend exekutierte Finanzminister Unland eiskalt den Stellenabbau. Gebhardt: „Wäre es nicht an der Zeit, dass die Männer, die das zu verantworten haben, nämlich der Finanzminister und der Ministerpräsident, sich endlich hinstellen und zu ihrer Verantwortung stehen?“ Sie haben das wieder nicht getan – ein weiterer Beleg dafür, dass der CDU die Verantwortung für die Bildungspolitik entzogen werden muss. Spätestens 2019, nach dann fast 30 Jahren CDU-Herrschaft in Sachsen.

Das spricht für sich!

„(1) Alles staatliche Handeln muss dem inneren und äußeren Frieden dienen und Bedingungen schaffen, unter denen gesellschaftliche Konflikte gewaltfrei, friedlich und tolerant gelöst werden können.“

(2) Das Land schützt das friedliche Zusammenleben der Menschen und tritt der Verbreitung rassistischen und fremdenfeindlichen Gedankenguts entgegen.

(3) Im Rahmen dieser Staatszielbestimmung ist es die Pflicht des Landes und die Verpflichtung aller im Land, rassistische, fremdenfeindliche und antisemitische Aktivitäten oder Bestrebungen sowie eine Wieder- und Neubelebung

oder Verbreitung nationalsozialistischen Gedankengutes nicht zuzulassen. Das Land fördert und unterstützt Menschen und Vereinigungen, die sich diesen Aktivitäten und Bestrebungen entgegenstellen und deren ehrenamtliches Engagement.“

Sätze wie diese wollte die Linksfraktion in die Landesverfassung aufnehmen (Drucksache 6/8130) – nicht in irgendeine, sondern in die sächsische. Dafür erhielten wir keine Unterstützung, nicht von CDU und SPD, schon gar nicht von der AfD und leider auch nicht von den Grünen.

Vertrauter Feind?

Udo Witschas ist inzwischen wohl der bekannteste Vize-Landrat der Republik. Angesichts der Auseinandersetzungen zwischen teils neonazistisch eingestellten Einheimischen und jungen Geflüchteten auf dem Bautzener Kornmarkt setzte er sich mit dem damaligen NPD-Kreischef Marco Wruck in Verbindung – vorgeblich, um zu „deeskalieren“. Das war entweder naiv – die rechte Szene kann an einer Entspannung nicht interessiert sein. Oder aber Witschas pflegt eine problematische Toleranz derselben. Beides stellt seine Eignung in Frage.

Der Inhalt der Nachrichten, die Witschas und Wruck über facebook austauschten, ist inzwischen bekannt. Belegt ist, wie vertraulich ein stellvertretender CDU-Landrat und ein führender Nazi offenbar nicht nur ihre Öffentlichkeitsarbeit abstimmten. CDU-Politiker Witschas bat den Protokollen zufolge sogar den NPD-Mann, ihm mit Nazi-Spitzeln Informationen über Flüchtlingshelfer und ein soziokulturelles Zentrum zu beschaffen. Auch als ihre Vertraulichkeit kritisiert wurde, blieben die beiden in enger Abstimmung. Witschas zu Wruck: „Ich habe nie ein abwertendes oder unsittliches Wort zu Ihnen verlauten lassen. Hierdurch wirft man mir vor Sie zu wertschätzen – dies habe ich

absichtlich nicht dementiert!“ Für **Rico Gebhardt, den Vorsitzenden der Linksfraction im Landtag**, ist klar: „Herr Witschas ist eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit.“ Sachsens CDU-Landeschef Stanislaw Tillich sei „besorgt“ und fordere Aufklärung, wurde berichtet. Bis heute aber ist unklar, ob er den Umgang von

„Mit Herrn Wruck würde ich mich gern mal treffen, habe überhaupt nichts gegen ihn. Kinderlieb scheinen wir ja beide zu sein, ich hab grad vier am Abendbrottisch sitzen gehabt :-“

Witschas (CDU) zur Lebensgefährtin von Wruck (damals NPD)

Landrat Michael Harig (CDU) mit Witschas befürwortet. Harig entzog seinem Stellvertreter zwar die Zuständigkeit für die Ausländerbehörde, ließ ihn ansonsten aber unbehelligt. Und weil Witschas für das Jugendamt zuständig bleibt, ist er weiter für unbegleitete minderjährige Geflüchtete verantwortlich. Das sei eine „Scheinlösung“, findet Rico Gebhardt: „Wer als Vize-landrat mit einem kreisbekanntem führenden Nazi wie mit einem guten

Freund kommuniziert und mit ihm gemeinsame Sache gegen Geflüchtete und ihre Unterstützer macht, ist untragbar.“ Harig müsse ein Disziplinarverfahren einleiten und dafür sorgen, dass Witschas bis zur Klärung aller Vorwürfe sein Amt nicht ausübt. Harig aber blieb offenbar ebenso passiv wie Tillich.

Inzwischen hat Witschas selbst die Landesdirektion gebeten, zu prüfen, ob er seine Dienstpflichten verletzt hat. Diese Entscheidung hängt möglicherweise damit zusammen, dass demnächst eine Sondersitzung des Kreistages stattfinden soll, bei der LINKE, SPD und Grüne Witschas' Abwahl beantragen wollen. Die CDU stehe, so heißt es, zu ihm. Ihr wäre es anzurechnen, wenn Witschas im Amt bliebe.

Armer Leute Sache gilt nichts in Sachsen

Der fünfte „Armut- und Reichtumsbericht“ der Bundesregierung zeigt: Seit 2000 sind die Einkommen immer ungleicher verteilt. SPD-Bundeskanzler Schröder verkündete 2003, was CDU/FDP und CDU/SPD im Bund durchzogen: die Agenda 2010. In deren Folge sind die Reichen reicher und die Armen ärmer geworden. Die Bundesregierung bekennt: „Trotz der guten wirtschaftlichen Lage und der deutlichen Beschäftigungszuwächse zeigt sich aktuell aber kein Rückgang der Armutsrisiko-

quote.“ Wer arm ist, auch trotz Arbeit, profitiert nicht vom Aufschwung. „Wir haben einen der besten Niedriglohnssektoren aufgebaut, den es in Europa gibt“, frohlockte Schröder 2005.

Sachsens CDU-geführte Regierungen priesen Niedriglöhne als Standortvorteil. Bis heute weigern sich CDU und SPD, die Folgen anzuerkennen. Die Linksfraction hat im Landtag verlangt (Drucksache 6/10440), dass die Regierung darlegt, wie sie Armut abbauen und die Ungleichheit verringern will. Ein erster Schritt bestünde darin, Lebenslagen in Sachsen zu untersuchen, wie die Bundesregierung es für die Bundesebene getan hat. Doch schon zur Analyse ist man nicht bereit.

LINKEN-Sozialpolitikerin Susanne Schaper beschrieb, wie groß das Problem ist. Etwa ein Fünftel der sächsischen Bevölkerung erzielt ein Haushaltseinkommen, das weniger als 60 Prozent des mittleren Werts beträgt. Der offiziellen Statistik gelten sie nicht als „arm“, sondern als „armutsgefährdet“. „Mit diesem Sprachgebrauch versucht auch die sächsische Regierung, das Problem herunterzuspielen. Gewiss, Armut ist relativ, aber überall gilt die Definition des Europäischen Rates von 1984. Demnach sind Menschen arm, wenn sie über so geringe Mittel verfügen, dass sie von der Lebensweise ausgeschlossen sind, die als Minimum annehmbar ist“, so Schaper. Das bedeute gesellschaft-

liche Ausgrenzung, weniger Freiheit, schlechtere Gesundheitsversorgung. „Es geht auch nicht nur um diejenigen, die arm sind, sondern auch um diejenigen, denen Armut droht. Die wissen, wenn sie ihren Job verlieren, haben sie zwölf Monate Zeit, dann fallen sie ins Loch. Oder die wissen, dass sie weiterarbeiten müssen, solange sie irgendwie können, denn ihre Rente wird nicht reichen. Dann schufteten beispielsweise Lausitzer Heizungsbauer nach dem 70. Geburtstag weiter.“

Besonders schlimm ergehe es den Kindern. In Sachsen lebten mindestens 150.000 in Armut. Es gibt auch dazu keine offizielle Statistik. Aber eine Analyse der Fallgruppen untermauert die Zahl. Zu betrachten sind mindestens die Kinder in Hartz-IV-Bedarfsgemeinschaften, in Wohngeld- und Sozialhilfehaushalten und jene, die Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz erhalten. Dabei ist noch nicht berücksichtigt, dass Familien auch arm sind, wenn ihr Einkommen ein paar Euro über den Bedarfsgrenzen liegt.

Der CDU fiel dazu nicht viel mehr ein, als das Thema herunterzuspielen. Ihr Sozialpolitiker Alexander Krauß bezeichnete unsere Zahlen zur Kinderarmut als „Lüge“. Arme Leute Sache gilt nichts, sagt der Volksmund. Auf diese sächsische Regierung trifft das zu. Sie wird es jedenfalls nicht sein, die für mehr Gerechtigkeit sorgt.



1.000 Zeichen

Parlamentspräsident (CDU) für LINKEN Antrag

„Eher schneit es nach oben, bevor hier einem Antrag der Opposition zugestimmt wird!“, hat sich der LINKEN-Abgeordnete Klaus Bartl empört. Dabei war man sich in der Sache einig: 1992 beschlossen Bundestag und Bundesrat die Neuverteilung der Bundesbehörden und -institutionen. Für den Bundesgerichtshof wurde beschlossen: „Neue Zivilsenate gehen nach Karlsruhe und dafür kommt jeweils ein bestehender Strafsenat von Karlsruhe nach Leipzig“. Dennoch wurde kein einziger BGH-Strafsenat nach Leipzig verlegt. Bundesbehörden sind im Osten noch immer unterrepräsentiert. Das solle sich ändern, forderte die Linksfraction im Juni per Landtags-Antrag. Zwei Monate später zogen die Koalitionsfraktionen mit einem inhalts-gleichen Papier nach. Das wurde jetzt beschlossen, der Vorschlag der Linksfraction abgelehnt. Wir haben trotzdem erreicht, was wir wollten! Kleines Bonmot: Landtagspräsident Matthias Rößler (CDU) stimmte unserem Antrag zu – ob aus Versehen oder aus Überzeugung, ist unklar.

Seniorinnen und Senioren besser beteiligen!

CDU und SPD haben im Koalitionsvertrag vereinbart: „Wir halten es für notwendig, dass in jedem Landkreis und jeder kreisfreien Stadt Gremien der Seniorenmitwirkung bestehen.“ Zudem will man prüfen, ob ein Seniorenmitwirkungsgesetz erstellt werden soll. Passiert ist nichts. Die Linksfraction hat ein solches Gesetz vorgelegt, das niedergestimmt wurde. Nun haben wir per Antrag die Staatsregierung aufgefordert, Seniorinnen und Senioren besser teilhaben zu lassen – mittels eines unabhängigen Landesrates, einer besseren Ausstattung der Landesseniorenvertretung und eine Beauftragte bzw. einen Beauftragten beim Landtag. „Es muss Schluss sein mit dem Prüfen. Oder sagen Sie klar, wenn Sie schon nichts vorlegen, dass Sie es nicht wollen“, hielt der seniorenpolitische Sprecher der Linksfraction, Horst Wehner, CDU und SPD vor. Während die Bevölkerung altere, seien die meisten älteren Menschen länger fit und aktiv. Sie wissen am besten, was für ein selbstbestimmtes Leben notwendig ist. Die Koalition lehnte ab. Auch deshalb gehört sie abgelöst!

Braucht Sachsen nur fünf Ministerien und einen Halbtags-Ministerpräsidenten?

Zu später Abendstunde hat der Landtag ein brisantes Dokument behandelt: den Abschlussbericht der „Kommission zur umfassenden Evaluation der Aufgaben, Personal- und Sachausstattung“ (Drucksache 6/5473). Das Papier, das eine von der Staatsregierung eingesetzte Kommission erarbeitet hat, war da schon 14 Monate alt und auf Betreiben der CDU mehr als zwanzigmal von Ausschuss-Tagesordnungen geflogen. Das alles geschah nicht zufällig. Denn das Dokument belegt das personalpolitische Versagen der CDU-geführten Staatsregierung – nicht nur an den Schulen und bei der Polizei, sondern in nahezu der kompletten Landesverwaltung!

Mehr als die Hälfte der Landesbediensteten wird bis 2030 aus Alters-

gründen ausscheiden. Anstatt dieser vorhersehbaren Entwicklung rechtzeitig und planvoll zu begegnen, hatte Ministerpräsident Tillich die Ziel-Zahl von 70.000 Bediensteten ausgegeben, hinter der nie ein Konzept stand.

Die CDU hat unser Land sehenden Auges in die Katastrophe gesteuert, Fachkräfte aus dem Land getrieben, die Leistungsfähigkeit des öffentlichen Dienstes beschädigt, den Beschäftigten Arbeitsverdichtung und gesundheitliche Schäden zugemutet und das Ansehen des Freistaates in der Bevölkerung sinken lassen, weil Verwaltungsakte länger dauern, Gerichte überlastet sind, staatliche Aufgaben nur noch unter größtem Einsatz oder nicht mehr zu erfüllen sind.

Der Bericht hat es offen gelegt: Wenn nicht unverzüglich gehandelt wird, ist die Handlungsfähigkeit des Staates in akuter Gefahr. Schon ab diesem Jahr müssten bis 2030 jährlich 2.700 Neueinstellungen erfolgen, um den Personalbestand wenigstens zu halten. **Nico Brünler, Sprecher der Fraktion DIE LINKE für Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik**, ist trotzdem pessimistisch: „Nichts deutet darauf hin, dass die CDU-geführte Regierung daran arbeitet. Finanzminister Unland behauptet lieber weiter, dass der Personalbestand zu groß sei – bezogen auf die Einwohnerzahl im Vergleich zu westdeutschen Flächenländern.“ Sachsen habe demnach noch immer 8.500 Beschäftigte zu viel! Brünler: „Wenn der Ministerpräsident schon glaubt, dass solche absurden Zahlenspiele politisches Handeln ersetzen können, dann sollte er Unlands Maßstäbe wenigstens konsequent durchsetzen. Sachsen kann demnach mit lediglich fünf Staatsministerien und einem Halbtags-Ministerpräsidenten auskommen.“

Wir sind gespannt, ob die Regierung ihre eigene Kommission ernst nimmt und schleunigst ihre Aufgaben erledigt: Fachkräftegewinnung, Demografie-Brücken, langfristige Personalentwicklung, Gesundheits- und Wissensmanagement. Vor allem müssen die Aufgaben der Staatsverwaltung evaluiert werden, wovon die Kommission abgehalten wurde. Von wem? Klar: von der CDU.



Drei Viertel für einen Volksentscheid zum längeren gemeinsamen Lernen

In zwei Jahren erwarten wir ein Jubiläum: Sachsens Schulsystem wird 100 Jahre alt! Klingt komisch, ist aber so: Das gegliederte Schulwesen, das Kinder nach der vierklassigen Grundschule aussortiert, beruht auf dem „Weimarer Schulkompromiss“ von 1919. Ist es noch zeitgemäß? Eher nicht.

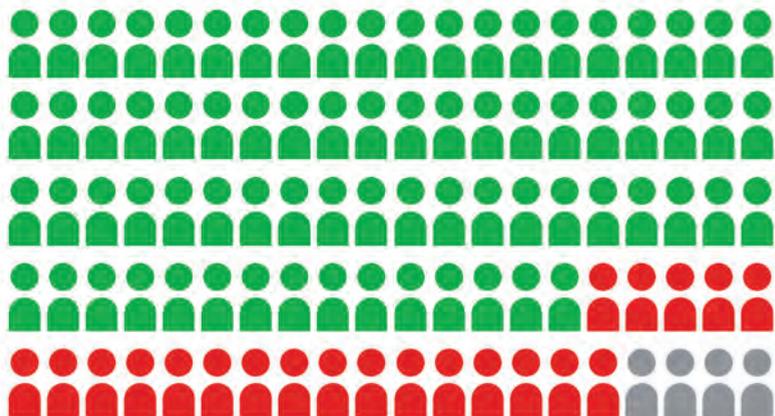
Die CDU-geführte Regierung will am überholten Status Quo festhalten. Wir sind dafür, die Eltern später entscheiden zu lassen, ob ihr Kind am Gymnasium oder an der Oberschule weiter lernen soll. Denn vor dem zehnten Lebensjahr lässt sich noch nicht sagen, welcher Bildungsweg zu einem Kind passt. Eltern, Lehrer, Schüler, Vereine, Gewerkschaften, Wirtschaft und Handwerk fordern die Gemeinschaftsschule, in der alle Abschlüsse möglich sind. Das längere gemeinsame Lernen gehört endlich ins sächsische Schulgesetz!

Das renommierte Forschungsinstitut Kantar Emnid hat eine repräsentative Stichprobe aus den wahlberechtigten Sächsinen und Sachsen zur Gemein-

schaftsschule befragt. Die Ergebnisse sind eindeutig: 64 Prozent der Befragten halten es für falsch, dass die Schüler nach Klasse 4 auf die Schulformen Oberschule und Gymnasium verteilt werden. Zwei Drittel unterstützen den Vorschlag, die Schülerinnen und Schüler gemeinsam an einer Schule lernen zu lassen, wo alle Abschlüsse angeboten werden. Selbst die Anhänger der CDU sagen mehrheitlich „ja“ zur Gemeinschaftsschule. Davon spre-

chen sich 51 Prozent für ein gemeinsames Lernen bis zur achten Klasse aus.

Die Menschen im Freistaat gaben noch ein eindeutiges Votum ab: Drei Viertel würden dafür unterschreiben, dass ein Volksentscheid über das längere gemeinsame Lernen stattfindet. In der Anhängerschaft aller großen Parteien gibt es dafür eine Mehrheit. Auch wir streben ein solches Volksbegehren an!



1.000 Zeichen

Bei Katastrophen gezielt helfen

Ob Naturkatastrophen wie die Flut 2002 oder schlimme Verkehrsunfälle wie das Busunglück bei Münchberg im Juli: In Großschadenslagen brauchen die Opfer schnell Hilfe, auch psychologische. Was kaum jemand weiß: „In Sachsen existieren eine Reihe guter ehrenamtlicher regionaler Strukturen, die die psychosoziale Notfallversorgung vor Ort sicherstellen. Diese Strukturen wären mit einer Großschadenslage allerdings überfordert.“ Das sagt die Initiativegruppe „Landeszentralstelle Psychosoziale Notfallversorgung“. Die Staatsregierung will keine Defizite erkennen und schafft keine Landeszentralstelle. Dabei könnte die für Koordination sorgen – in elf Ländern gibt es eine solche Struktur. „Die Frage ist, warum man in Sachsen mal wieder Spitzenreiter der Arroganz sein will und glaubt, es besser zu wissen“, so Susanne Schaper, Gesundheitspolitikerin der Linksfraktion. Die CDU plakatiert vor der Bundestagswahl: „Denen den Rücken stärken, die für uns stark sind.“ Nur eine Phrase? Wir werden sehen, denn die Linksfraktion fordert per Gesetzesentwurf, eine Landeszentralstelle zu schaffen.

Naturschutzgebiete schützen!

Die Nationalparkregion Sächsische Schweiz, das Biosphärenreservat Oberlausitzer Heide- und Teichlandschaft, die Naturschutzgebiete Königsbrücker Heide und Gohrischeide sowie die Elbniederterrasse Zeithain: Sachsen verfügt über wundervolle Großschutzgebiete, in denen wir uns erholen können. Verwaltet werden sie vom Staatsbetrieb Sachsenforst, der wirtschaftlich arbeiten muss – Naturschutzbelange bleiben da erfahrungsgemäß auf der Strecke. Dementsprechend ist in den vier durch Sachsenforst verwalteten Großschutzgebieten erst ein Bruchteil der nötigen Erhaltungs- und Entwicklungsmaßnahmen umgesetzt“, kritisiert Kathrin Kagelmann, Sprecherin der Linksfraktion für ländliche Räume. Gemeinsam mit der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN haben wir einen Gesetzesentwurf vorgelegt, um die Zuständigkeit neu zu ordnen. Sie soll vom Staatsbetrieb Sachsenforst auf das Landesamt für Umwelt, Landwirtschaft und Geologie übergehen – also zu einer Naturschutzbehörde wandern.



Plenarspiegel August 2017

Die 58. und 59. Sitzung des 6. Sächsischen Landtages fanden am 30. und 31. August 2017 statt. Die Fraktion DIE LINKE war mit folgenden parlamentarischen Initiativen vertreten:

Aktuelle Debatte

„Schulchaos beenden – der CDU die Verantwortung für die Bildungspolitik entziehen!“

Gesetzentwürfe

„Gesetz für ein tolerantes und friedliches Zusammenleben in einem weltoffenen Sachsen“ (Drs 6/8130)

„Gesetz über die Weiterbildung und das lebenslange Lernen im Freistaat Sachsen“ (Drs 6/9883)

„Gesetz zur Neuordnung der Schutzgebietsverwaltung im Freistaat Sachsen“, Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drs 6/9993)

„Gesetz über die psychosoziale Notfallversorgung im Freistaat Sachsen“ (Drs 6/10491)

Anträge

„CDU/SPD-Koalitionsversprechen erfüllen: Endlich politische Partizipation von Seniorinnen und Senioren im Freistaat Sachsen nachhaltig stärken!“ (Drs 6/10441)

„Bundesversprechen einhalten: Leipzig als Justizstandort im Osten stärken – endlich weitere Strafsenate des Bundesgerichtshofes in Leipzig einrichten!“ (Drs 6/9903)

„Stellungnahme ‚Armut und Reichtum in Sachsen – Ziele und Vorhaben der Sächsischen Staatsregierung zum Abbau sozialer Ungleichheit sowie von Armut und Ausgrenzung‘ erstellen!“ (Drs 6/10440)

Alle Drucksachen unter www.edas.landtag.sachsen.de

„Sieh, das Gute liegt so nah“

Auch 2017 waren Abgeordnete der Linksfraktion auf Sommertour – sie haben viel zu berichten. Ein Beispiel ist Dr. Jana Pinka, Sprecherin für Umweltpolitik und Ressourcenwirtschaft.

Mehr als 20 Termine in neun Städten bzw. Gemeindeverbänden habe ich während meiner diesjährigen Sommertour absolviert. Vom 3. bis zum 13. Juli war ich unterwegs, um mit den Menschen ins Gespräch zu kommen. Bei den Besuchen in Kommunalverwaltungen, Unternehmen und Vereinen informierte ich mich über Aufgaben, Ziele und Probleme vor Ort und erläuterte Schwerpunkte meiner Arbeit im Landtag.

Unter dem Motto „Sozial, regional, umweltbewusst, nachhaltig“ standen in diesem Jahr Wasser- und Windkraft, aber auch soziale und integrative Projekte im Fokus. Gemeinhin heißt es ja: Reisen bildet. Aber: „Warum in die Ferne schweifen? Sieh, das Gute liegt so nah.“ Das behauptete schon Goethe, und ich kann ihm nur zustimmen. Unterwegs in der Umgebung von Freiberg habe ich erneut verinnerlicht, wie lehrreich und schön unsere Region ist. Die Tour führte mich nicht nur in große Höhe auf eine Windkraftanlage, sondern auch zu ausgeklügelte Messtechnik im tiefen Bauch der Talsperre Rauschenbach und zum Klärwerk nach Hohentanne.

Auch in diesem Sommer wurde mir wieder bewusst, wie wichtig der Klein- und Mittelstand für die Wirtschaft im ländlichen Raum ist – er gibt Menschen eine Möglichkeit, ihr Leben durch Einkommen zu sichern. Daher gilt mein Dank allen UnternehmerInnen, die sich dafür einsetzen und hierfür auch oft zurückstecken müssen. Ich war sehr beeindruckt, was sie im

Technologiebereich an Entwicklungen auf den Markt gebracht haben.

Zudem war ich Gast in den Agrarossenschaften Eppendorf und Burkersdorf – dort erlebte ich, wie sich die LandwirtInnen in der Pflanzen- und Tierproduktion rund um die Uhr engagieren, um gesunde Lebensmittel anzubieten. Ich sah aber auch, welche Wirkungen der finanzielle Druck auf Landwirte in einer Geflügelmastanlage haben kann. Doch dieses Resümee zog ich schon – die „Geizist-geil“-Mentalität muss überwunden werden. Wir müssen es schaffen, eine gesunde und bezahlbare Ernährung für alle Menschen zu gewährleisten!

Auch die BürgermeisterInnen verdienen große Wertschätzung. Dort, wo ich Station machte, zeigten sie mir Highlights ihrer Orte, sprachen aber

auch Probleme und Unzulänglichkeiten an, mit denen sie sich auseinandersetzen müssen. Einige „Hausaufgaben“ nehme ich zur Bearbeitung in den Landtag mit. Und ich erlebte zudem den Einsatz zahlloser Bürgerinnen und Bürger, die sich ehrenamtlich und selbstlos in den unterschiedlichsten Vereinen für ein buntes, abwechslungsreiches und integratives Miteinander engagieren.

Sommertour-Tagebuch:
bit.ly/2vFqoUr

Bild: Das „Tier von hier“ ist eine Vermarktungsstrategie der Agrozucht Burkersdorf GmbH. Regionale Fleischprodukte kommen auf direktem Weg bei den VerbraucherInnen in der Region an. Im Bild: Vorstandsvorsitzender Dr. Gunter Martin, Stallmeisterin Anemaria Chaveco und ihre „Kuhleginnen“.



Antje Feiks folgt auf Falk Neubert

In der Linksfraktion steht ein erneuter Personalwechsel an. Falk Neubert war seit 1994 als Mitarbeiter und seit 1999 als Abgeordneter Teil der Linksfraktion, wo er vor allem mit Jugendpolitik, Medien und Hochschulen befasst war. Nun wechselt er ins rot-rot-grün regierte Thüringen, wo er als Referatsleiter Öffentlichkeitsarbeit/Strategie im Thüringer Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie unter Heike Werner arbeiten wird.

Auf seinen Platz nachrücken wird Antje Feiks, die zum 1. September



ihre Mandat angenommen hat. Feiks wurde 1979 in Riesa geboren. Sie wuchs in Dresden auf, war in jungen Jahren im Leistungssport aktiv (Eiskunstlaufen, Eisschnelllauf) und absolvierte nach dem Abitur einen einjährigen Studienaufenthalt in den USA. Danach studierte sie Betriebswirtschaftslehre und schloss mit Diplom ab. Danach war sie für verschiedene

Reiseveranstalter tätig, bevor sie 2006 nach Dresden zurückkehrte und in der Landesgeschäftsstelle der LINKEN

tätig wurde. Seit 2009 ist sie die Landesgeschäftsführerin. In die Politik war sie ab 1997 über den Jugendverein Roter Baum und das Umfeld der PDS gelangt. Herzlich willkommen!

Impressum

Fraktion DIE LINKE
im Sächsischen Landtag
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1
01067 Dresden

Telefon: 0351/493-5800
Telefax: 0351/493-5460

E-Mail: linksfraktion@slt.sachsen.de
www.linksfraktion-sachsen.de

V.i.S.d.P.: Marcel Braumann
Redaktion: Kevin Reißig

DIE LINKE.
Fraktion im Sächsischen Landtag